

Bestandsaufnahmen zu Europa und Ausblicke am Jahresende 2008 – aus einer Mitgliederversammlung der Europa- Union

Es ist eine übliche Mitgliederversammlung am Jahresende mit Vorstands-Rechenschaftsbericht und Kassenprüfung am 9.12.08 im Bonner Haus der Geschichte.

Sicherlich gibt es neue Aspekte, denn es sind neue Vorstandsmitglieder zu wählen, und die Vorsitzende des Kreisverbands, Marlene LENZ, erhält die Ehrenmedaille der Europa-Union.

Die Versammlung gleitet wenig aufregend dahin, bis zu dem letzten Tagesordnungspunkt, wo ein Vortrag von Axel VOSS angekündigt ist mit dem Thema“ Europäische Union- Akteur auf der Weltbühne“? mit anschließender Diskussion.

Ein aufschlussreicher Vortrag mit einer spannenden Debatte als Konsequenz:

Axel VOSS, 45 Jahre, RA, ist Kandidat für das Europäische Parlament bei den Europawahlen (Region Mittelrhein: Städte Köln, Bonn, Leverkusen sowie der Rhein-Erft- und Rhein-Sieg-Kreis) im Juni 09. Er ist seit 2004 Kreisvorsitzender der CDU und nutzt die Abwesenheit seiner Konkurrenten (sie waren einer Einladung des Kreisverbands Bonn nicht gefolgt) zu einer vielschichtigen Bestandsaufnahme der EU am Jahresende 08 und zu einer Perspektive:

Ausgehend von eigenen Erfahrungen als „Bürgerberater“ bei der EU Kommission, dessen politische Funktion und Institution bedauerlicherweise am Jahresende von Brüssel abgeschafft worden sei, konstatiert VOSS ein zunehmendes Wissensdefizit in der breiten Bevölkerung zu Fragen der Europäischen Union und vor allem einen Motivationsverlust.

Dieser im Vergleich zu den Anfängen der europäischen Union geringeren Motivation

stellt er die heute nur rational herauszustellende neue weltpolitische Rolle der EU entgegen:

Von der Bevölkerungszahl stellen zunächst die Europäer in der Welt nur eine Minderheit dar, weshalb es für ein geeintes Europa gelte, europäische Werte international verteidigen zu müssen.

Die EU sei ein freiwilliger Zusammenschluss von Staaten, die sich nur gemeinsam den Herausforderungen der Globalisierung zu stellen vermöge.

Die im Vertrag von Maastricht (1993) angebahnte GAPS (Gemeinsame Außen -und Sicherheitspolitik) habe sich in den letzten Jahren schrittweise gefestigt. Gab es noch zu Zeiten der Balkankrise nur mit unterschiedlichen nationalen Verbänden unter Hilfestellung der Amerikaner/ Nato eine europäische Konfliktlösung, so sei seitdem der politische Gestaltungswille der EU gestiegen, und werde dies weiter tun angesichts wachsender internationaler Problemlagen.

Die EU müsse sich zunehmend als weltpolitischer Akteur beweisen, dürfe nicht Instabilität importieren, sondern Stabilität exportieren. Dies tue sie im Bereich der Nachbarschaftspolitik, wo es gelte, auf den politischen Beitrittswillen osteuropäischer Staaten zu reagieren, seit langem auch in der Entwicklungspolitik, bei der es im Rahmen der Doha -Runde in Zukunft verstärkt darauf ankomme, für transatlantische Märkte Absprachen zu finden. Die EU ist in der Welt größter Zahler von Entwicklungshilfe.

Die EU agiere damit abseits der Großmächte schon lange als eigener weltpolitischer Akteur. Neue Herausforderungen und Notwendigkeiten einer Balance zwischen Energieversorgung, Umweltbelastungen, Migrationsentwicklung und Katastrophengefahren führen zu einer Stärkung der außenpolitischen Rolle der EU.

Das Jahr 2008 habe hier einen klaren Schritt nach vorne und einen europäischen Fortschritt gebracht:

In der Georgienkrise habe die EU durch die Präsidentschaft von Nicolas SARKOZY in der Sicherheitspolitik gegenüber Russland erstmals und in Augenhöhe der Amerikaner agiert und mit einer Stimme gesprochen.

Auch die derzeitige Finanzmarktkrise führe zu einer verstärkten Einsicht der Europäer, die Krise nur gemeinsam und nicht einzelstaatlich lösen zu können.

An dieser Stelle und mit Blick auf die Brüsseler Finanzentscheidungen der EU am 11./12. Dezember setzte indessen eine strittige Diskussion der Zuhörer ein.

Die wirtschaftspolitischen Krisenkonzepte von Großbritannien und Frankreich in London (10. Dezember 08) ohne Anwesenheit der Kanzlerin wurden beschworen, der Wechsel der EU-Ratspräsidentschaft 2009 an Tschechien, die Folgen des irischen Neins zum Lissabon-Vertrag sowie das unsichere Wahlverhalten am Tage der Europawahl.

Es diene der Sachinformation, dass die jetzige Europaabgeordnete des Wahlkreises, Ruth HIERONYMI, die aus dem Europaparlament ausscheidet, anwesend war und auch die Stimmungen in Brüssel wiedergeben konnte.

Sie stimmt in dem Szenario der derzeitigen wirtschaftlichen Krisenbewältigung sogar der konjunkturpolitischen Position von Angela Merkel zu: Die als unzureichend kritisierte Höhe des deutschen Konjunkturprogramms entspreche deutschen Vorstellungen und angesichts fehlender gemeinsamer europäischer Erfahrungen in der Konjunkturpolitik sei es legitim, wenn andere Länder andere Vorschläge machen. Dort seien auch die Strukturen andere, die Finanzkrise habe dort stärker die Realwirtschaft erfasst, weshalb auch die Wirkungen konjunktureller Maßnahmen nicht einheitlich seien. Ein europäisches gemeinsames Konjunkturpaket werde kommen, aber es werde, wie immer, ein Kompromiss sein.

Die in den Medien herausgestellte Kritik an der deutschen Bundeskanzlerin durch den französischen Ratspräsidenten sei im Wesentlichen den Medien selbst geschuldet. Man könne auf die deutsch-französischen Beziehungen vertrauen, auch auf die Gesprächsintensität der beiden Staatsführer.

Es sei auch für die Gemeinschaft positiv, dass der turnusmäßige Wechsel der europäischen Ratspräsidentschaft im Januar 2009 an das kleinere und neue Mitgliedsland Tschechien, in dem es nicht an ablehnenden Stimmungen zu Europa mangelt, eingerahmt sein wird in das Mandat Frankreichs und seines für Europa erfolgreichen Präsidenten SARKOZY.

Unsicherheiten werden auch weiterhin in der Irland-Frage bestehen. Auch hier gebe es zwar Bewegung, aber ein neues Referendum zum Lissabon-Vertrag werde es wohl erst im Oktober 2009 geben.

Von daher werde die Europawahl in der Bundesrepublik am 7.Juni noch unter alten Prämissen erfolgen. Die niedrige Wahlbeteiligung bei europäischen Wahlen stelle hier sicherlich ein Risiko dar, vor allem auch deren mögliche Instrumentalisierung durch die ebenfalls am 7.Juni stattfindende Kommunalwahl (NRW) und die Bundestagswahlen im Herbst; in Deutschland sei auch die Wahl des Bundespräsidenten zu bedenken.

Nicht zuletzt sei es aber die Aufgabe der Europa-Union darauf hinzuweisen, dass „kommunale Entscheidungen“ nur zu häufig „europäisch“ bedingt seien, und auch bundespolitische Alternativen können mehr und mehr nur europapolitisch gedacht werden. „Nationale Themen“ sind heute „europäische Themen“, Kommunal- wie auch die Bundestagswahl werden einen „verstärkenden Effekt“ für Europa haben, so HIERONYMI optimistisch. In Brüssel und dem europäischen Parlament herrscht deshalb durchaus Zuversicht.

Dr. Winfried Vahl